



# Regierungsrat des Kantons Uri

## Auszug aus dem Protokoll

11. September 2007

Nr. 552 R-750-10 Kleine Anfrage Armin Braunwalder, Erstfeld, zur "Energieversorgung Resort Andermatt"; Antwort des Regierungsrats

### **I. Ausgangslage**

Am 30. Juli 2007 richtete Landrat Armin Braunwalder eine Kleine Anfrage zur Energieversorgung des Tourismusresorts Andermatt aus einheimischer erneuerbarer Energie an den Regierungsrat. Er ist der Ansicht, dass die Strom- und Wärmeversorgung des geplanten Ferienresorts Andermatt zu 100 Prozent durch einheimische erneuerbare Energien gedeckt werden kann. Konkret schlägt er vor, durch die konsequente Anwendung von energiesparenden Baustandards (mindestens MINERGIE) und Stromspartechnologien (elektrische Geräte, Beleuchtung, Gebäudetechnik, Elektromotoren usw.) im Urserental ein zukunftsweisendes Tourismusprojekt zu schaffen. Damit könnte das Tourismusprojekt europa-, wenn nicht weltweit zu einem Vorzeigebispiel für nachhaltigen Tourismus werden.

Dazu müssten strategische, konzeptionelle, versorgungstechnische und politische Entscheide gefällt werden, die nicht nur den Investor betreffen. Mit dem Hinweis auf die übergeordnete Klima- und Energiepolitik auf internationaler und nationaler Ebene sollte die Urner Regierung bei der Realisierung dieses Projekts eine besondere Rolle wahrnehmen, weil der Gebäudebereich Sache der Kantone ist.

### **II. Allgemeine Bemerkungen**

Der Regierungsrat erarbeitet angesichts der grossen Bedeutung eines nachhaltigen Umgangs mit den verfügbaren Ressourcen und den geänderten Rahmenbedingungen bezüglich Stromversorgung eine Gesamtenergiestrategie. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit betrifft den Gebäudebereich sowie die Förderung erneuerbarer Energien. Die Kleine

Anfrage zielt in die gleiche Richtung. Der Regierungsrat verweist in diesem Zusammenhang auf die Beantwortung der Interpellation von Landrat Max Clapasson.

Der Regierungsrat misst dem Klimaschutz einen hohen Stellenwert bei und unterstützt deshalb als langfristige Vision die Verwirklichung der 2'000-Watt-Gesellschaft. Zur Senkung des Energieverbrauchs sollen bis ins Jahr 2010 erhöhte Vorschriften für Neubauten im MINERGIE-Standard erlassen werden. Die Konferenz kantonaler Energiefachstellen erarbeitet zurzeit eine harmonisierte Mustergesetzgebung, die gemäss Auftrag der Konferenz kantonaler Energiedirektoren ab Frühling 2008 von den Kantonen als Grundlage für die kantonale Gesetzgebung verwendet werden kann. Das kantonale Programm wird zudem vor allem Projekte im Bereiche der erneuerbaren Energien fördern. Damit werden in Kürze wichtige Grundlagen bestehen, um den Anliegen von Landrat Armin Braunwalder Rechnung zu tragen.

Insgesamt muss man aber bedenken, dass dem Investor gegenüber nur Auflagen verfügt werden können, die gesetzlich vorgesehen sind. Weitere Zugeständnisse seinerseits sind nur auf freiwilligem Weg, namentlich in einer gegenseitigen Vereinbarung, möglich.

### **III. Antwort des Regierungsrats zu den Fragen:**

- 1. Erachtet es der Regierungsrat als ein erstrebenswertes Ziel, den Wärme- und Strombedarf des Ferienresorts Andermatt zu 100 Prozent mit einheimischen erneuerbaren Energien zu decken?*

Der Regierungsrat unterstützt das Ziel, den Wärme- und Strombedarf des Ferienresorts Andermatt mit einheimischen erneuerbaren Energien zu decken. Ob dies zu 100 Prozent gelingt, hängt von den lokalen Ressourcen ab. Ausdrücklich hat er in seinen Anforderungen vom 24. April 2007 an die Quartiergestaltungspläne zur Energie und zur Bauökologie (Ziff. 5.7 des Beschlusses) festgehalten: "Die Planung und Realisierung der Bauten hat nach bauökologischen und nach aktuellen Energiestandards zu erfolgen".

- 2. Ist der Regierungsrat bereit, mit dem Investor eine Vereinbarung zu treffen, in der er sich freiwillig zur Erreichung dieses Ziels verpflichtet?*

Der Investor hat in den bisherigen Gesprächen die Bereitschaft signalisiert, ein Vorzeigeprojekt im Sinne der Kleinen Anfrage zu realisieren. Dazu hat er kompetente

Fachleute zugezogen. Der Regierungsrat wird den Investor auch im weiteren Prozess zu einer Energieversorgung mit erneuerbarer Energie motivieren; nach heutigem Kenntnisstand ist der Investor bereit, dieses Ziel seinerseits anzustreben. Der Regierungsrat weist auch darauf hin, dass in den Anforderungen an den Masterplan durch den Kanton die Ausrichtung der Gebäude im MINERGIE-Standard angeregt wurde. Ausserdem muss mit der Baubewilligung die Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit des Vorhabens belegt werden. Darunter fallen auch die bauliche Ausführung und die Energieversorgung.

3. *Ist der Regierungsrat bereit, bei der Umsetzung einer solchen freiwilligen Vereinbarung eine koordinierende Rolle zwischen Planern, Energieversorgern und Investor zu übernehmen und dabei die Fachkompetenz seines Amtes für Energie einzubringen?*

Der Regierungsrat hat bei der Projektentwicklung bis anhin Wert darauf gelegt, dass die kantonalen Fachstellen ihre Fachkompetenz in den kooperativen Planungsprozessen einbringen können. Entsprechend wurde die kantonale Projektorganisation für das Tourismusresort Andermatt verstärkt. Das Amt für Energie hat Einsitz im erweiterten Projektteam. Damit ist gewährleistet, dass auch in Bezug auf die Energiefragen die Anliegen der öffentlichen Hand in das Projekt einbezogen werden

Mitteilung an Mitglieder des Landrats; Mitglieder des Regierungsrats; Rathauspresse; Amt für Finanzen; Amt für Raumplanung; Amt für Umweltschutz; Standeskanzlei; Amt für Energie; Direktionssekretariat Justizdirektion (für sich und die Mitglieder des Projektteams TRA); Direktionssekretariat Baudirektion und Baudirektion.

Im Auftrag des Regierungsrats

Standeskanzlei Uri

Der Kanzleidirektor

